STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

BAND 13

Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins

Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins

STUDIEN ZUR DEUTSCHLANDFRAGE

Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis

BAND 13

Die Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins

Mit Beiträgen von

Heinrich Bodensieck, Manfred Overesch,
Michael Richter, Hermann-Josef Rodenbach, Klaus Schwabe,
Jürgen Schwarz und Gerhard Wettig

Duncker & Humblot · Berlin

Die in dieser Reihe veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Ansichten der Verfasser wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **Deutschlandfrage von der staatlichen Teilung Deutschlands bis zum Tode Stalins** : [dem vorliegenden Band liegen Referate zugrunde, die auf der Wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises im Oktober 1989 gehalten wurden] / mit Beitr. von Heinrich Bodensieck . . . – Berlin : Duncker und Humblot, 1994
(Studien zur Deutschlandfrage ; Bd. 13) (Veröffentlichung / Göttinger Arbeitskreis ; Nr. 448)
ISBN 3-428-08115-3
NE: Bodensieck, Heinrich; 1. GT; Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung

Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 448

Alle Rechte vorbehalten
© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-6887
ISBN 3-428-08115-3

INHALT

Rahmenbedingungen und Weichenstellungen für das besiegte Deutschland
Von Prof. Dr. *Heinrich Bodensieck*, Hagen 7

Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945 - 1953
Von Prof. Dr. *Klaus Schwabe*, Aachen 37

Die französische Deutschlandpolitik von 1944 - 1953
Von Prof. Dr. *Jürgen Schwarz*, Neubiberg 63

Die Deutschlandnote vom 10. März 1952 nach sowjetischen Akten
Von Prof. Dr. *Gerhard Wettig*, Köln 83

Die westeuropäische Option - Kulturpolitische Zeitzeichen nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland
Von Prof. Dr. *Manfred Overesch*, Hildesheim 113

Die verstärkte Sowjetisierungspolitik Moskaus und die Entwicklung der DDR
Von Dr. *Hermann-Josef Rodenbach*, Bonn 133

Die Rolle der CDU der SBZ in der sowjetischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1949 bis 1952
Von Dr. *Michael Richter*, Bonn 155

Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953
Von Prof. Dr. *Gerhard Wettig*, Köln 183

Dem vorliegenden Band liegen Referate zugrunde, die auf der Wissenschaftlichen Fachtagung des Göttinger Arbeitskreises im Oktober 1989 gehalten wurden.

RAHMENBEDINGUNGEN UND WEICHENSTELLUNGEN FÜR DAS BESIEGTE DEUTSCHLAND[1]

Von Heinrich Bodensieck

Es war hauptsächlich die kontinentale Machtausweitung aufgrund der deutschen Blitzkriege und nicht schon die großdeutsche Politik des nationalsozialistischen Regimes, welche die Verantwortlichen für die Allianz der Vereinten Nationen veranlaßte, die Verantwortlichen der inzwischen so bezeichneten United Nations, für das Ende des Zweiten Weltkriegs ein weitaus radikaleres Vorgehen gegen das Deutsche Reich zu planen, als es seit 1919 gemäß dem Vertrag von Versailles verwirklicht worden war. Zwar hatten nicht nur die Betroffenen Härte und Ungerechtigkeit mancher Bestimmungen beklagt, aber aus dem, was sich innerhalb und besonders außerhalb der damals gezogenen Grenzen bis 1941/42 tatsächlich ereignete, folgerten immer mehr Beobachter, ihre Urteile in bezug auf die Deutschen würden bestätigt und es seien endlich jene Konsequenzen zu ziehen, die Europa und die Menschheit für alle Zeiten vor den Friedensstörern sicherten. Propagandathesen des Ersten Weltkriegs[2] wurden auch bei den damals Aufgewachsenen wiederbelebt. Heterostereotype[3] und entsprechende Geschichtsbilder

---

[1] Der folgende Text bietet in aktualisierter Fassung die Rahmen-These meines Referats vom 28.10.1989. Neuerscheinungen seit 1990 wurden möglichst berücksichtigt, ebenso Unterlagen, die seit 1990 im Zentralen Partei-Archiv (ZPA) der SED (seit 1992 "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv" - SAPMO) zugänglich sind. Innerdeutsche Diskussionen der Jahre 1947-1949 werde ich anhand der zeitgenössischen Publizistik sowie der Bestände mehrerer in- und ausländischer Archive demnächst gesondert dokumentieren und untersuchen.

[2] Für Großbritannien bereits seit 1870/71 seien nicht nur aufgrund der zuvor veröffentlichten Werke der Verfasser vor allem folgende Beiträge genannt, und zwar in: Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.): Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 3 der Veröffentlichungen des "Arbeitskreises Deutsche England-Forschung", Bochum 1984 - künftig zit.: "Wendt, Deutschlandbild"; Kleinknecht, Thomas: Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 aus der Sicht des britischen Gelehrtenliberalismus (S. 81-102); Kuropka, Joachim: "Militarismus" und das "Andere Deutschland". Zur Entstehung eines Musters britischer Deutschlandinterpretation (S. 103-124); Meyers, Reinhard: Das Dritte Reich in britischer Sicht. Grundzüge und Determinanten britischer Deutschlandbilder in den dreißiger Jahren (S. 127-144); Kettenacker, Lothar: Preußen-Deutschland als britisches Feindbild im Zweiten Weltkrieg (S. 145-168); Birke, Adolf M.: Geschichtsauffassung und Deutschlandbild im Foreign Office Research Department (S. 171-197).

[3] Aus den jüngsten Diskussionen sei verwiesen auf Kleinsteuber, Hans J.: Stereotype, Images und Vorurteile - Die Bilder in den Köpfen der Menschen. In: Trautmann, Günter (Hrsg.): Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn.

ließen sie die Kontinuität der "Deutschen Gefahr" erkennen. Geopolitische Grundvorstellungen legten ihnen nahe, Handlungsräume und bedrohte Gebiete sowie die weltweiten Konsequenzen zu erfassen[4]. Seit der militärischen Wende des Zweiten Weltkriegs und während des Jahrzehnts bis zur Festigung der deutschen Zweistaatlichkeit im Kalten Krieg spielten derartige Gedankengänge für Entscheidende sowie für einflußreiche Publizisten und Berater der Siegermächte eine wichtige Rolle. Auf die Diskussionen über Kriegsziele reagierten Sprecher der Besiegten in den nationalpolitischen Kontroversen des Kalten Kriegs.

Bei den Westmächten lauteten 1942/43 die Folgerungen aufgrund der Erfahrungen, wie sie damals wahrgenommen wurden:

Künftig sollten in völkerrechtlicher, militärischer, wirtschaftlicher und territorialer Hinsicht keinerlei Ansatzpunkte für einen erneuten Revisionismus existieren. Darüber hinaus müßten alle gesellschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen und Ausprägungen des preußisch-deutschen Militarismus und des völkisch-autoritären Denkens und Verhaltens vollständig beseitigt werden. Es dürfe also weder ein gemeinsames Reich als souveräner Staat mit den Kernen eigener Streitkräfte und Rüstungsindustrie oder genau berechenbarer Reparationsforderungen noch ein zahlenmäßig nennenswertes "Grenzdeutschtum" oder gar eine inselförmig abgetrennte Provinz wie Ostpreußen geben. Das Aussiedeln aller Deutschen östlich "natürlicher Grenzen" habe die ethnisch homogenisierten slawischen Nachbarstaaten als sichere Bollwerke gegen jeden neuen "Drang nach Osten" wiederherzustellen. Kriegsverbrecher und alle Verantwortlichen für Angriffsplanungen seien streng zu bestrafen. Das den Deutschen verbleibende Gebiet solle besetzt und gemeinsam in jedem Lebensbereich so umgestaltet werden, daß es nach dem Abzug der Militärregierungen und der Truppen unmöglich sein werde, die Veränderungen rückgängig zu machen. Auch könne es dann keine zweite Dolchstoßlegende geben.

Während ihrer Gipfelkonferenzen erörterten die Verantwortlichen der strange alliance nicht nur Grundzüge derartiger Kriegsziele; denn die Art

---

Reihe "Ausblicke". Darmstadt 1991, künftig zit.: "Trautmann: Deutsche"; S. 60-68. Vgl. unten in Anm. 7 den Hinweis auf "Gesamtkonzept".

[4] Es geht also um die Art der Wahrnehmung, wie es Werner Link im Anschluß an Peter Schöllers sowie Harold und Margaret Sprouts Überlegungen formulierte: "Entscheidend ist, wie das geographische und weltpolitische Milieu, seine Möglichkeiten und Beschränkungen wahrgenommen werden und wie das 'Psycho-Milieu' aussieht, wie das Wertesystem und der Interpretationsrahmen beschaffen sind", s. Link, Werner: Das Spannungsverhältnis zwischen geographischer Mittellage und weltpolitischer Grenzlage in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Hauser, Oswald (Hrsg.): Das geteilte Deutschland in seinen internationalen Verflechtungen. (Ranke-Gesellschaft). Göttingen - Zürich 1987, künftig zit. als "Hauser, Deutschland", S. 254 - 269, Zitat S. 255 und Anm. 4. - In Großbritannien erschienen 1990 zwei Werke, deren Verfasser auch in diesem Sinn die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge von Geographie und Internationalen Beziehungen behandelten: Taylor, Peter J.: Britain and the Cold War. 1945 as Geopolitical Transition; Dalby, Simon: Creating the Second Cold War. The Discourse of Politics. (beide: London - New York). - Jüngst zeitgeschichtlich-vergleichend und die Wirksamkeit geopolitischer und geostrategischer Doktrinen und Dogmen betonend: Brill, Heinz: Deutschland im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte (1945-1990). In: Zitelmann, Rainer; Weißmann, Karlheinz; Großheim, Michael (Hrsg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. Frankfurt/M. - Berlin 1993, S. 259-276.

der Verwirklichung konnte die künftigen Verhältnisse zwischen den Verbündeten erheblich beeinflussen. Außerdem wollten Realpolitiker jeder Macht schon vor dem gemeinsamen Sieg oder spätestens vor den abschließenden Vereinbarungen bestimmte Weichen zu ihren Gunsten stellen. Angloamerikaner waren bestrebt, einen haltbareren cordon sanitaire zu errichten, als er in den 20er und anfangs der 30er Jahre im Zusammenhang mit Frankreichs kontinentaler Position existiert hatte. Das "Super-Versailles"-Ziel war also doppeldeutig. Versucht man trotz einiger Widersprüche in den unterschiedlichen Überlieferungen[5] diese Ambivalenz zu erfassen, so fällt ein Merkmal mehrerer Einzelbesprechungen zwischen den "Großen Drei" auf: im Rahmen der jeweiligen Tagesordnung behandelten sie Themen gesprächsweise. Dabei war manchmal schlagwortartig Vorgetragenes wie "Preußen" wichtig; stets bezog es sich sowohl auf das Problem als auch auf die Situation. Einerseits rechtfertigte es das, was im eigenen Interesse geschehen sollte oder bereits verwirklicht war, andererseits mochte es das diskreditieren, was der Konkurrent zu erreichen versuchte. Propagandistisch Vereinfachtes kennzeichnete jedoch nicht nur diese Verhandlungen. Fachleute argumentierten intern ähnlich, wenn sie die Sitzungen vorbereiteten.

Vergleichbares galt bei einem Kurswechsel. Sofern es wegen der Lage noch nicht angebracht erschien, ihn öffentlich und programmatisch zu betonen, wurde er dennoch so hinter verschlossenen Türen angekündigt oder ohne Vorwarnung erprobt. Dann signalisierten veränderte Stichworte und Bezugspunkte (etwa der Geopolitik) dem Verhandlungspartner die neue Betrachtungsweise und begründeten das ihr entsprechende Verhalten. Das konnte sich in unvorhergesehener Weise auswirken, falls ein Wortführer erst kurze Zeit im Amt war, noch nicht vertraut mit umakzentuierten Argumentationen oder gar mit den zugrunde liegenden geographischen Realitäten. Er mochte Falsches formulieren, ohne sich der Bedeutung des Gesagten für die Positionen aller Verhandlungspartner bewußt zu sein - offensichtlich ist Präsident Truman ein derartiger faux pas unterlaufen.[6]

Auch solche Eigenarten schlagworthaft anmutender Darlegungen seien beachtet, um wichtige Etappen beim Behandeln des Deutschen Problems zu berücksichtigen, nämlich Erörterungen zunächst in Teheran und dann in Potsdam. Stets wirkte sich aus, von welchem Gesamtkonzept[7] her argumen-

---

[5] Grundlegend die textkritisch-vergleichende Ausgabe: Fischer, Alexander (Hrsg.): Teheran - Jalta - Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der "Großen Drei". Bd. I "Dokumente zur Außenpolitik". Köln 1968, 3. Aufl. 1985, künftig zit.: "Fischer TJP". - Da seit 1986 zusätzliche bzw. erweiterte Dokumentationen verfügbar sind, werde ich für "Potsdam" auch auf diese Texte zurückgreifen.

[6] Selbstverständlich ließe sich auch annehmen, es habe sich um eine bewußt vertuschende Sprachregelung gehandelt, und zwar mit dem Vorsatz, das eigentlich Gemeinte erst bei passender Gelegenheit stillschweigend als seinerzeit "Gesagtes" auszugeben. Um zu entscheiden, welche Version zutrifft, müßte das (hoffentlich noch unverändert greifbare) Original des amtlichen Protokolls herangezogen werden.

[7] Dieser Begriff sei hier verwendet, ohne daß er theoretisch eigens entwickelt oder abgesichert würde. Er soll jenes Ensemble von "Einstellungen" und "Images" mit Lagebeurteilungen sowie jeweils gesehenen Möglichkeiten und Erfordernissen des Entscheidens erfassen, das seit Ende der 60er Jahre häufiger thematisiert wurde, um die Internationalen Beziehungen zu analysieren. Dabei spielen Geschichtsbilder genau so wie "cognitive maps" eine Rolle. Publizisten